

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gelbalt. Zeitspalt. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. H. v. S. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Angriff auf die Löhne der Weifshohlglasindustrie.

Die Arbeitnehmer in der Weifshohlglasindustrie stehen vor einem schweren Lohnkampf. In fünf Bezirksgruppen ist durch den Schutzverband Deutscher Glasfabriken der Lohnvertrag aufgekündigt worden mit dem Ziele einer generellen Lohnherabsetzung. Für die Verbandsgruppe IV (Freistaat Sachsen) wurde außer dem allgemeinen-generellen Lohnabzug eine weitere wesentliche Herabsetzung gefordert mit der Motivierung, daß die bestehenden Zeittlöhne den Löhnen im schließlichen Gebiet angepaßt werden sollen.

Seit dem 1. August d. J. wurden bereits die Verhandlungen geführt. Auf Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums kam zwischen den Parteien eine vorläufige Vereinbarung zustande mit dem Inhalt, daß die bis zum 31. Juli bestehenden Lohnverträge der einzelnen Bezirksgruppen bis zum 31. Oktober 1930 in Geltung bleiben und vor Ablauf dieser Zeit erneut ein Schiedsgericht als Schlichtungsstelle mit drei Unparteiischen über den Gesamtlohnstreit zu befinden hat.

Dieses Schiedsgericht hat nunmehr unter Vorsitz des Regierungsdirektors Friedländer (Schlichter für Pommern) nach dreitägiger Beratung für jede Bezirksgruppe einen Schiedsspruch gefällt. In diesen Schiedssprüchen ist ein genereller Lohnabzug von 3 Prozent für alle Akkord-, Zeit- und Richtlöhne mit Wirkung vom 1. November 1930 an vorgeesehen.

Unter Hinweis auf die Regierungsmaßnahmen begründeten die Unparteiischen ihren entscheidenden Schritt. Die Regierungsmaßnahmen gehen bekanntlich dahin, den Preis- und Lohnabbau zu verkoppeln, um so eine Ankurbelung innerhalb der deutschen Wirtschaft gesehen zu lassen. Einen Preisabbau lehnen die Industriellen der Weifshohlglasindustrie aber entschieden ab mit der Begründung, daß es an den festliegenden Preisen nichts abzubauen gebe. Trotz dieser Erklärung der Arbeitgeberseite verweisen die Unparteiischen auf die Regierungsmaßnahmen, sie müßten demnach nur von der Lohnabbauseite zu betrachten und zu bemerken sein. Dieser einseitige Standpunkt des Lohnabbaues kann eine Ankurbelung der Wirtschaft weder in der Weifshohlglasindustrie noch im allgemeinen herbeiführen. In Erkennung dieser Tatsache und in Abwehr der Verschlechterung der Lebenslage dieser Arbeiterschaft haben die Lohnkommissionen der einzelnen Bezirke einmütig die Ablehnung der Schiedssprüche beschlossen. Eine Urabstimmung soll endgültig über Annahme oder Ablehnung entscheiden. Von dem Kampfe werden zirka 30 000 Arbeitnehmer erfaßt.

RGO.

Die KPD. tritt mit einem alten Ladehüter auf den Plan. RGO., d. h. Rote Gewerkschafts-Opposition, heißt der KPD. Wechselbalg. Die RGO. soll das Mittel sein, genau wie 1923, eigene kommunistische Gewerkschaften zu bilden. Damals sind diese Gebilde an der Unfähigkeit ihrer Drahtzieher elend zugrunde gegangen. Etwas anderes ist auch jetzt nicht zu erwarten. Damals hat die KPD. einen kommunistischen Verband der Chemiarbeiter geschaffen. Nach Verübung einer Reihe dummer Streiche in einigen Großbetrieben der Chemie, die zur Folge hatten, daß Tausende von Familien ins Elend, viele Arbeiter ins Gefängnis oder ins Zuchthaus getrieben wurden, hat die beförte Arbeiterschaft der KPD. und ihrem Chemiarbeiterverband den wohlverdienten Fußtritt erteilt. Die „Führer“ Sachs und Baumgärtner haben sich — als ihr Verband zertrümmert war — an den Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes mit einem Verschmelzungsantrag gewandt. Die beförte, vom Fabrikarbeiterverband zum kommunistischen Chemiarbeiterverband übergeleitete Kollegen hatten ihre alten Mitgliedsrechte bei uns freiwillig preisgegeben und konnten nur als neue Mitglieder wieder eintreten.

Die KPD. läßt gegenwärtig unter den Gewerkschaftsmitgliedern Hausagitation betreiben. Ein „Industrieverband“ soll wieder einmal aufgezogen werden. Die RGO. soll außerdem Zutreibdienste leisten. Mit Lügen, Verleumdungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsführer sekundiert die KPD.-Presse. Der Charakter dieser Presse ist gegenwärtig so, daß es den Anschein hat, als seien alle Redakteure tobftüchtig geworden.

Wir warnen unsere Mitglieder, sich von der KPD. bzw. ihrer RGO. einsperren zu lassen, den Schaden kann ihnen niemand wieder gutmachen, wenn sie der KPD. Gehör schenken. Wer zur RGO. gehört, ist aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschieden. Der Wahn bei der KPD. ist kurz, die Reue lang. Also, Vorsicht!

Christlich-kommunistische Brüderschaft.

„Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Diesmal sind es zwei böse Nachbarn, die den Frieden stören, die KPD. und die Christlichen. Der „Christliche“ Fabrikarbeiterverband häßelt uns an aus Arger, daß er in den Leunawerken nichts zu sagen hat.

Sein Material gegen uns holt der christliche Fabrikarbeiterverband aus der Mistgrube, nämlich aus dem gemeinsten und verlogenen Blatt Deutschlands, aus der — „Roten Fahne“.

Die Nr. 22 der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ vom 25. Oktober 1930 hat einen 1 1/2 Spalten langen Artikel über so allerlei im Leunawerk verbrochen. Aus dem Unferbewußtsein der Redaktion muß aber doch das Gefühl des Eekels aufgestiegen sein wegen der Benutzung einer so anrüchigen Quelle, wie „Die Rote Fahne“ es ist. Eingeleitet werden deshalb die Anwürfe gegen unseren Verband mit folgender Entschuldigung:

„Obwohl „Die Rote Fahne“ wegen ihrer „Wahrheitsliebe“ für uns kein Kronzeug ist, wollen wir doch — aus einem Artikel in ihrer Nr. 237 vom 10. Oktober 1930 wörtlich zitieren.“

Das könnte ebensogut heißen: Obwohl ich „Die Rote Fahne“ als verlogenes Subjekt kenne, sind mir ihre Lügen willkommen wie eine Offenbarung, weil ich mit ihnen meinem lieben Nächsten eins auswaschen kann. Und dann wird „Die Rote Fahne“ ausgebeutet, so daß man aus den Zeilen der „Gewerkschaftsstimme“ fast das Schmaggen vor Wohlbehagen hört.

Zum 9. November!

Von Georg Rehm.

Es bläst der Wind, und es heult der Sturm;
Er kracht im Gebälk und in Zweigen.
Die letzten Blättchen aus Sommerspracht,
Die morschen Äste, sie brechen ab;
Sie müssen dem Sturmwind weichen!

Zum zwölften Male fährt sich der Tag,
Wo des Volkes Sturm Kron und Krönlein zerbrach.
Wo Arbeiter kämpften für gleiches Recht
Und schufen ein freies Menschengeschlecht
Im demokratischen Staate.

Doch ernst ist die Zeit, und die Not ist groß:
Viel Volksgegnossen sind arbeitslos.
Von rechts und links tönt Feldgeschrei:
Nur Diktatur schafft Wohlstand herbei;
Bringt allen Arbeit und Brod!

Ihr Männer der Arbeit, seid auf der Wacht!
Hört nicht, was der Scharlatan sagt!
Fegt wie ein Sturmwind die Heuchler hinweg;
Sie wollen nur rauben euer Lebensrecht!
Gebt auf die Feinde gut acht!

Da wird nun erzählt, daß im Leunawerk die Arbeitszeit herabgesetzt wurde ohne Lohnausgleich. Hat die „Gewerkschaftsstimme“ gleich den Kommunisten den Wunsch, die Zahl der Arbeitslosen zu vermehren? Will auch sie die Arbeiter deshalb in den Streik heßen wie die KPD.? Wenn nicht, weshalb das kommunistische Sitat? Es heißt dann:

Dieser Angriff des Chemiekapitals mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ist die Frucht des Geheimabkommens, das der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes mit den Unternehmern abgeschlossen hat. In diesem Vertrag hat sich die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes verpflichtet, den Mantelvertrag, der schon zehn Jahre in Kraft ist, überhaupt nicht zu kündigen. Der Mantelvertrag steht aber im § 8 vor, daß der Unternehmer die Akkordpreise ändern kann.

Auf Grund dieses Schandparagrafen wird seit Jahren in der Chemie-Industrie ein dauernder Raub an den Akkordlöhnen durchgeführt. Dies genügt den Kapitalisten aber noch nicht. Sie verlangen auch die Zulieferung, die tarifmäßigen Hungerlöhne senken zu können. Die Verbandsbürokratie ist aufs bereitwilligste diesen Forderungen der Unternehmer nachgegeben. Sie hat ihr christliches Einverständnis gegeben, daß bei einer „Kollage im Betrieb“ die tariflich festgelegten Löhne jederzeit gesenkt werden können, wenn die Unternehmer den Verbandsangestellten solche Anträge übermitteln.“

Wie kann ein Mann, der selbst im Gewerkschaftsleben steht, einen solchen Unsinn drucken lassen? Bei den Kommunisten kann man so etwas verstehen, sie wollen verleumden um jeden Preis, um Geschäfte zu machen. Und der christliche Verband? Heißt auch hier der Zweck das schmutzige Mittel? Ist es nicht ein Skandal, wenn ein Redakteur seinen Gewährsmann als Lügner vorstellt und seine Lügen trotzdem als Waffe gegen seinen Mitmenschen und Berufskollegen benützt? Oder glaubt der christliche Fabrikarbeiterverband, die Tatsache, daß er im Leunawerk nichts zu sagen hat, gebe ihm die Berechtigung, uns zu verleumden?

Ganz primitive Überlegung muß doch einem Durchschnittsmenschen schon sagen, daß es eine Verpflichtung, einen Vertrag „überhaupt nicht zu kündigen“, nicht geben kann, oder „daß der Unternehmer die Akkordpreise jederzeit ändern“ kann, oder daß „die tariflich festgelegten Löhne jederzeit gesenkt werden können“.

Eine Gewerkschaftszeitung, die so etwas gedruckt bringt, gehört in ein Museum, um der Nachwelt zu zeigen, was im Jahre 1930 eine solche Zeitung zu leisten imstande war.

Kapitalflucht aus Deutschland.

Der Ausgang der Reichstagswahlen, auf den die deutschen Kapitalisten solche großen Hoffnungen gesetzt haben, hat die Kapitalflucht aus Deutschland mächtig überbert. Man spricht davon, daß seit der Wahl mindestens eine Milliarde Mark deutsches Geld über die Grenzen geschafft worden ist. Nimmt man dazu noch die Summen, die in den Jahren vorher ins Ausland gegangen sind, so kommt man auf etwa 10 bis 12 Milliarden Mark. Brave deutsche Kapitalisten, die keine Steuern zahlen wollen, denen auch die politischen Verhältnisse infolge des Wahlausfalls zu unsicher geworden sind, und die ihr väterländisches Herz sicherlich auf dem richtigen Fleck haben, schaffen ihr Geld ins Ausland. Ein Arbeiter kann das nicht, er hat nichts, er wäre froh, wenn er sich einmal eine kleine Erholungsreise ins Ausland gönnen könnte. In der „Vossischen Zeitung“ schrieb kürzlich Georg Bernhard: „Wer in Berlin herumhört, erfährt beinahe täglich von irgendeinem reichen oder doch wenigstens vermögenden Mann, daß er sich in der Schweiz angekauft habe. Die Schweizer bemerken natürlich erst recht, wie an den schönen und behaglichen Punkten ihrer Heimat deutsche Siedlungen sich dehnen. Am Züricher See gibt es kaum noch Wohnplätze. Man behauptet, daß die letzten Ankäufe dort durchweg auf deutsche Rechnung erfolgten. Es ist verständlich, daß daraus in der Schweiz besondere Schlüsse gezogen werden.“

Aber nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern, so in Dänemark und Holland, haben die kapitalkräftigen deutschen Unternehmer sich wohllich eingerichtet. Es ist die Flucht vor den Steuern, die Flucht aus der Unsicherheit in die Stabilität, die breite Masse mag sehen, wie sie durchkommt. Aber es handelt sich hierbei nicht bloß allein um die Drückerei vom Steuernzahlen, auch andere Fragen, und zwar solche von noch größerer Bedeutung, spielen dabei eine große Rolle. Das Kapital wird dem deutschen Markte entzogen, und es erscheint wieder als Kredit. Die Produktion von Waren und Gütern aller Art bringt den Unternehmern nicht genug ein. Die Guthaben auf den ausländischen Banken werden als kurzfristige Darlehen an Deutschland in sogenannten Warenwechseln angelegt. Damit ist kein großes Risiko verbunden, man braucht kein Geld in Produktionsmittel, wie Maschinen, Werkzeuge usw., hineinzustecken, und man zahlt außerdem keine hohen Steuern, denn in der Schweiz wetteifern die Kantone untereinander geradezu in der Einführung von niedrigen Steuerföhen, um die kapitalkräftigen Kreise anzulocken. In Deutschland aber hungert und darbt die breite Masse, Millionen sind arbeitslos und die Fabriken, die Produktionsstätten, liegen still.

In Deutschland jammern die Unternehmer über die „Überfremdung“ der deutschen Wirtschaft, und bei dem Kampf um den Youngplan ist gerade von den Schreibern um den kapitalkräftigen Eugenberg dieses Argument ins Feld geführt worden. Aber man weiß seit langem, daß dieses vom Auslande hereinkommende Geld indirekt deutsches Geld ist, das zu hohen Zinsen an Deutschland gegeben wird. Kurt Heilig schreibt im „Vorwärts“: „Immer wieder wurde festgestellt, daß dieses sogenannte fremde Kapital in Wirklichkeit braves deutsches Geld ist, das vor dem Steuerheber nach dem Auslande flüchtete. Von dort kehrt es als ausländischer, hoch zu verzinsender Kredit oder als ausländische Beteiligung zurück.“ So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Der Masse erzählt man etwas anderes, man stimmt steinerweichende Klagelieder über die soziale Belastung an und will mit Stockprügeln auf dem Magen die Arbeiter für den Lohnabbau gefügig machen.

Es sind das „Geschäfte“ von so verwerflicher Natur, daß dagegen Maßnahmen von durchgreifender Art durchaus gerechtfertigt sind. Aber zu dieser sichtbaren Kapitalflucht tritt noch eine andere, die unsichtbare, die Deutschland noch mehr schädigt. Ein Unternehmer, der seine Ware in die ganze Welt verschickt, gründet sich im Auslande eine Zentrale. Er handelt im Auftrag seiner eigenen Zentrale, wenn er sein Einkommen ins Ausland verlegt. Er kauft von seiner eigenen Zentrale und liefert Waren an sie. Der Gewinn, den das „Geschäft“ abwirft, verbleibt im Auslande, er wird nicht in Deutschland versteuert. Aber das Geld kann in dem deutschen Betriebe nicht entbehrt werden, es muß irgendwie wieder hereingeholt werden. Also borgt sich der deutsche Unternehmer im Auslande Geld, er nimmt Kredit an, und zwar bei seiner eigenen Zentrale, tatsächlich bei sich selbst. Alle großen Unternehmen haben im Auslande ihre Zentralen, die die Vermittlergeschäfte besorgen. In Deutschland aber redet man gleichzeitig von der wachsenden „Überfremdung“, daß Deutschland nur noch eine Kolonie des Ententekapitals ist, und spricht in dem gleichen Atemzuge von der „Kapitalentblöhung deutscher Unternehmungen“. Eine solche Kapitalknappheit ist herrlich. Man macht die schönsten Geschäfte, hat Geld in Hülle und Fülle, die Reichsbank will gern was los werden, aber kein großes Unternehmen nimmt größeren Kredit. Man hat sich lange den Kopf zerbrochen, warum denn nicht gearbeitet wird, warum die Produktionsstätten stillliegen und warum die Besitzsteuern von Jahr zu Jahr, trotzdem es besser geht, weniger einbringen. Des Rätsels Lösung ist, wie man sieht, sehr einfach.

Aber die Sache geht auch die Arbeiter etwas an. Sollen sie den Rücken auch noch für derartige Geschäfte hinhalten, nachdem schon die Lasten des Krieges und der Inflation auf ihre Schultern abgeladen wurden? Die Massenarbeitslosigkeit nimmt kein Ende. Ja, wenn man so wirtschaftet, wenn man nicht mehr produzieren will, sondern mit dem „Gelbe“, das über das Ausland man sich selbst als Kredit gewährt, Geschäfte, bequeme Geschäfte, die was einbringen, macht, dann wird Deutschland aus diesem Krisenzustand wohl nicht mehr herauskommen. Hier behält das Wort Wahrheit, daß das Kapital es immer verstanden hat, auch in Krisenzeiten zu verdienen. Gleichzeitig wird das Loch in den deutschen Finanzen immer größer, denn lieber zahlt man im Ausland, als im „lieben deutschen Vaterlande“ Steuern.

Es zeigt sich hieran aber auch, wie das Kapital national und international zusammenarbeitet. Es ist eine festgefügte Front, die sich hier über alle Landesgrenzen hinaus gebildet hat. Ist das nicht eine Mahnung an die große Masse der Beschäftigten, sich ebenfalls fest zusammenzuschließen? Allen Streit und Hader zu begraben und geschlossen in Reich und Ostd zu marschieren? Gegen diesen Gegner muß die Arbeiterschaft ständig gerüstet sein. E. N.

Anträge der Sozialdemokratie an den Reichstag.

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung aufzufordern, zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosigkeit und zur Vermeidung breiter Volksmärsche entgegenzuwirken, unverzüglich die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, der zum Zwecke der gerechten Verteilung der Arbeitsgelegenheit für die Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die vierjährige Arbeitswoche vorschreibt, unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte. Dabei muß die Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und die Anmeldeung offener Stellen zur zwingenden Vorbedingung gemacht werden. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die frei werdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen. Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenversicherung abzuführen hat.
2. Einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Berechnung aller Einkünfte auf alle Pensionen und Wartegelder unter Schonung der kleinen Gesamteinkommen zu erfolgen hat.
3. Auf Grund der Vollmacht der Kartellverordnungen vom 2. November 1923 und vom 26. Juli 1930 ist eine durchgreifende Preislenkung, im besonderen bei den Grundstoffen der Industrie, den Lebensmitteln und anderen Gegenständen des Massenbedarfs herbeizuführen. Widersprüche sind durch Aufhebung von Preisbindungen, durch Herabsetzung von Zöllen oder durch Verschärfung der Kartellkontrollen zu überwinden.

Die jollfreie Einfuhr von Weizenfleisch zur Versorgung der milderbemittelten Bevölkerung ist wieder herzustellen.

4. Die Reichsregierung wird aufgefordert, zur wirksamen Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuerflucht

- a) unter Aufhebung entgegenstehender Verwaltungsanordnungen die Finanzämter anzuweisen, in allen Zweifelsfällen von der gesetzlichen Ausnahmepflicht der Banken, Bankiers und Vermögensverwalter Gebrauch zu machen;
- b) die Finanzämter anzuweisen, die Bestimmungen der Paragraphen 33, 34 des Einkommensteuergesetzes über die Erlassung von Gewinnen aus dem Geschäftsverkehr mit dem Ausland streng durchzuführen;
- c) die Organe des Buch- und Vertriebsprüfungsamtes in verstärktem Maße zur Aufklärung von Steuerhinterzügen heranzuziehen;
- d) dafür zu sorgen, daß bei Steuerhinterzügen die bestehenden Strafparagrafen für Steuerhinterziehungen (Freiheitsstrafe, Vermögensentziehung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) mit aller Schärfe angewendet und die Namen der Betroffenen sowie die festgestellten Strafen in allen Fällen veröffentlicht werden;
- e) den Abschluß internationaler Rechtshilfeverträge zu befehlen.

Außerdem wurden folgende Anträge eingebracht:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen vorzubereiten, durch die die finanziellen Schwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung der im Vergleich beschäftigten Arbeiter und Angestellten (Kaspienversicherer) wirksamer als durch die Letzteren gehoben werden;
2. Die Reichsregierung aufzufordern, zur Entlastung des Arbeitsmarktes von jugendlichen Arbeitskräften schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erweiterung der allgemeinen Schutzpflicht unter Gewährung von Wirtschaftshilfen reichsrechtlich regelt.

Hausagitation

Ist augenblicklich wieder die Hauptfrage. Die Funktionäre werden dazu eingeladen und nehmen ihr Material in Empfang. Aufgepascht müssen die Beschäftigten werden, die im Betriebe noch nicht begriffen haben, was die gewerkschaftliche Organisation zu bedeuten hat, trotzdem sie die Vorteile der Tarifverträge wiedereben schon seit 1919 genießen. Viele alten Kollegen, vor allem die alten Beschäftigten, haben den Wert der Organisation erkannt, sie wissen ganz genau, wie es vor dem Kriege war, wenn jeder einzelne um eine kleine Lohn-erhöhung an den Arbeitgeber herantreten und förmlich betteln mußte. Meistens wurde er abschlägig beschieden. Sehr oft mußte er sein Bündel schnüren, weil er als ein Unzuträdelner oder als ein Heizer angesehen wurde. Heute ist es nicht mehr so, denn die Gewerkschaften sind auf Grund der Verfassung berufen, Tarifverträge abzuschließen. Unsere Jüngeren sind nicht in dem Schoß gefallen, sondern es bedurfte eines langen Kampfes, um die Gewerkschaften zu schaffen, und eines noch viel intensiveren Kampfes, um Tarifverträge zu erringen. Bei der Hausagitation werden von den Aufgesuchten alle Scheit in Bewegung gesetzt, um ja nicht dem Verbanne beizutreten zu müssen. Wenn die bekannten faulen Ansichten erschöpft sind, werden die Helfer mit Schmutz beworfen, es werden die Angehörigen beschimpft, vor allem werden die Betriebsratsmitglieder herabgewürdigt, besonders dann, wenn dem einen oder anderen Beschäftigten nicht nach Wunsch geholfen werden konnte. Der Betriebsratsvorsitzende im befragten Betrieb hat nichts zu sagen. Das ist der Erfolg der KPD.

Trotzdem müssen wir Hausagitation betreiben, wenn die Arbeiterschaft nicht niedergedrungen werden soll. Gemeinheit und Dummheit dürfen nicht siegen über die Arbeiterschaft. Unverzagt müssen die Helfer den Kampf führen für das gute Recht der Arbeiterschaft. Joh. Bönlisch.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die geänderte Krisenfürsorge.

Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober 1930 sind in bezug auf den Personenkreis und die Dauer der Krisenfürsorge wesentliche Änderungen eingetreten.

Krisenunterstützung für alle Berufsgruppen in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern.

Jeder aus der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerte kommt jetzt, wenn er in einer Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern wohnt und bei ihm die Bedürftigkeit für die Unterstützung vorliegt, ohne weiteres in den Genuß der Krisenunterstützung.

Im übrigen sind die Vorstände der Landesarbeitsämter befugt, für ihren Amtsbezirk oder Teile desselben Berufsgruppen zur Krn. (Krisenunterstützung) zuzulassen, soweit ein Bedürfnis hierfür besteht. Aufmerksam ist darauf zu achten, daß, soweit auf Grund der bisherigen Vorschriften Berufsgruppen oder Berufe zur Krn. zugelassen sind, es dabei sein Bewenden hat, und zwar auch bezüglich etwaiger Einschränkungen innerhalb der Berufsgruppen oder Berufe. Dies gilt sowohl für die Zulassungen in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern als auch in den übrigen Gemeinden.

Krisenunterstützung können demnach in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern erhalten u. a. Angehörige folgender Berufe:

1. der Glasindustrie,
2. der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate,
3. der Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe,
4. des Holz- und Schnitzstoffgewerbes,
5. des Bekleidungs-gewerbes, ferner
6. Bühnenmitglieder einschließlich der Chorsänger, soweit diese Bühnenmitglieder sind, und des bei Lichtspielaufnahmen verwandten darstellerischen Personals,
7. Angestellte.

Hierzu treten dann noch die in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken ausgesprochenen besonderen Zulassungen.

Wer ist grundsätzlich von der Krisenunterstützung ausgeschlossen?

- a) die Angehörigen der Gruppe Landwirtschaft mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten,
- b) die Angehörigen der Berufsgruppe „Häusliche Dienste“ und
- c) Arbeitslose unter 21 Jahren.

Krisenunterstützung erhalten nur Ausgesteuerte, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz erschöpft haben, also 26 Wochen lang unbezogen haben.

Ausgeschlossen vom Bezug der Krn. sind alle Arbeitslosen, die die Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung noch nicht erfüllt haben, also in den letzten zwei Jahren keine 52 Wochen bzw. im letzten Jahr keine 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben. Zum Bezug der Krn. genügen nun nicht mehr bloß 13 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung.

Die Unterstühtungsdauer.

Die Höchstdauer der Krn. beträgt jetzt 32 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann die Stelle, die zur Entscheidung über die Unterstühtung berufen ist (Vorstand der Arbeitsamts oder Spruchbehörde), die Dauer der Unterstühtung bis auf 45 Wochen verlängern, wenn die Lage des Arbeitsmarktes dies erfordert. Andererseits kann aber auch dieselbe Stelle die Krn. auf einen kürzeren als den höchstzulässigen Zeitraum beschränken, wenn die Lage des Arbeitsmarktes oder der örtlichen Verhältnisse dies angezeigt erscheinen lassen.

Wichtige Übergangsbestimmungen.

1. Arbeitslose dürfen zur Krisenunterstützung nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem Inkrafttreten des Erlasses angestellter werden. Der Erlass hat also keine Rückwirkung zugunsten solcher Personen, die vor dem Inkrafttreten des Erlasses aus der Arbeitslosenversicherung angestellter worden sind.

2. Für Arbeitslose, die beim Inkrafttreten des Erlasses bereits Krisenunterstützung beziehen, gilt bis zum 10. Januar 1931 die bisherige Unterstühtungsdauer von 39 oder 52 Wochen fort. Arbeitslose, die an diesem Tage ihre neue Unterstühtungsdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten haben, scheiden aus.

- a) wenn sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Unterstühtung bezogen haben, am 24. Januar 1931,
 - b) wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Unterstühtung bezogen haben, am 17. Januar 1931.
- Die Arbeitslosen, die beim Inkrafttreten des Erlasses Krisenunterstützung beziehen, stehen den Personen gleich, die bei oder nach dem Inkrafttreten des Erlasses den Unterstühtungsbezug bis zu vier Wochen unterbrochen haben oder unterbrechen, weil sie Arbeit aufgenommen haben; d. h. also, wenn die Unterbrechung nicht länger als vier Wochen beträgt, so kommt die Weitergewährung der Krn. in Frage.

3. Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftszeit (§ 101 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes), die bei Inkrafttreten dieses Erlasses Unterstühtung beziehen, können längstens bis zum 28. März 1931 in der Krisenunterstützung bleiben, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Die Vorschriften, die oben unter Nr. 2 angeführt sind, finden jedoch Anwendung.

Ausdehnung der Pflichtarbeit.

Im übrigen sollen die Krn.-Empfänger stärker als bisher zur Pflichtarbeit herangezogen werden.

Der Erlass ist am 3. November 1930 in Kraft getreten. Lorenz Popp.

Invalidenunterstützung und Wohlfahrtspflege.

Unser Verband sowie auch andere gewerkschaftliche Organisationen haben in den letzten Jahren eine Invalidenunterstützung eingeführt, monach an die durch Alter, Krankheit oder Unfall invalide gewordenen Mitglieder nach Leistung einer bestimmten Anzahl von Beiträgen ohne klagbaren Anspruch eine freiwillige Verbandunterstützung gezahlt werden kann. Da die Verbandunterstützung und die Invalidenrente nach der Reichsversicherungsordnung nicht in allen Fällen zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichen dürften, muß dann wohl Wohlfahrtsunterstützung beantragt werden. Die letztere wird bei dem für den Wohnort zuständigen Wohlfahrtsamt beantragt und von diesem nach den Bestimmungen der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 entschieden. Bei der Entscheidung sind neben obigen Bestimmungen noch die Reichsgrundzüge und die Ausführungbestimmungen des zuständigen Landes (Preußen, Bayern usw.) heranzuziehen. Hilfsbedürftigkeit, ein recht beherrschbarer Begriff, der durch die verschiedensten Ausführungsbestimmungen nicht an Einheitlichkeit und Klarheit gewonnen hat, ist die zwingende Voraussetzung zur Wohlfahrtsunterstützung.

Für unsere Mitglieder, die unter obiger Voraussetzung Verbandunterstützung beziehen, ist nun die Kernfrage: Kann

die Invalidenunterstützung des Verbandes bei der Bedürftigkeitsprüfung durch das Wohlfahrtsamt als Einkommen angerechnet werden? Die Beantwortung der Frage ergibt der § 8 Absatz 4 der Reichsgrundzüge, welcher lautet: „Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfanges der Hilfe bleiben Zuwendungen außer Ansatz, die die freie Wohlfahrtspflege oder ein Dritter zur Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährt, ohne dazu eine rechtliche oder eine besondere sittliche Pflicht zu haben. Dies gilt nicht, wenn die Zuwendung die wirtschaftliche Lage des Unterstühteten so günstig beeinflusst, daß öffentliche Fürsorge ungerechtfertigt wäre.“ (Öffentliche Fürsorge des Wohlfahrtsunterstützung.)

So die wesentlichsten diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsgrundzüge, die wohl sehr vernünftig und wohlwollend klingen, aber wegen ihrer recht beherrschbaren Auslegungsmöglichkeit tatsächlich auch sehr verschieden ausgelegt werden. Soweit mir bekannt, gibt es nur sehr wenig Wohlfahrtsämter oder richtiger Bezirksfürsorgeverbände, so heißen nämlich die unteren Träger (Ausnahme Bayern und einige süddeutsche Länder) der Wohlfahrtspflege, bei denen grundsätzlich angeordnet ist, Gewerkschaftsunterstützung bei Prüfung der Bedürftigkeit nicht anzurechnen. Die Mehrzahl läßt diese Frage vollständig offen, rechnet vorerst die Verbandunterstützung an und läßt es auf einen Einspruch des Antragstellers oder gar auf eine Entscheidung der zuständigen Behörde ankommen.

Da die Mitglieder des Verbandes die Mittel zur Durchführung der Verbandsinvalidenunterstützung nicht zu dem Zwecke aufbringen, damit den Bezirksfürsorgeverbänden die Lasten erleichtert werden, sondern damit den alten Mitgliedern eine wirtschaftliche Erleichterung zuteil wird, dürfte es Aufgabe der Ortsverwaltungen sein, einmal nachzuprüfen, ob das für sie zuständige Wohlfahrtsamt die Verbandunterstützung bei Prüfung der Bedürftigkeit anrechnet. Sollte es geschehen, so muß Beschwerde beim Wohlfahrtsauschuss erhoben werden. Bleibt dies ohne Erfolg, dann ist die Entscheidung der zuständigen Behörde, in Preußen des Bezirksauschusses, herbeizuführen. Ist auch hier ein ablehnender Bescheid ergangen, so mußte der Verbandsvorstand in Kenntnis gesetzt werden, damit dann zentrale Verhandlungen mit den Ländern bzw. dem Reichsarbeitsministerium die nötige Klarheit bringen. Herm. Lamprecht, Frankfurt-Höchst.

Die Besuchszellen im Deutschen Hygiene-Museum.

Während der Wintermonate bis zur Wiedereröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung am 15. Mai 1931 ist das Deutsche Hygiene-Museum Sonntags von 11 bis 17 Uhr, Donnerstags und Sonnabends von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Vorerst veranschaulicht auch Dienstags von 16 bis 21 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfennig für Studenten und Kriegsbeschädigte, für Schüler, Erwachsene und Fürsorgebedürftige 30 Pfennig. Schulklassen, Vereine und Körperschaften zahlen ebenfalls 30 Pfennig pro Person. Monatskarten kosten 2 Mark.

Frauenfragen.

Der Kampf um die junge Arbeiterin.

Im Kampf um die Seele der Arbeiterin wissen auch unsere Gegner gut, daß die jugendliche Arbeiterin von heute die wahlberechtigte Staatsbürgerin von morgen ist. Die Gewerkschaften haben nun vorwiegend die Aufgabe, sich um die materielle Hebung der Lage der Arbeiterschaft zu kümmern. Aber gerade deshalb wird uns das Denken und Verhalten der jungen Arbeiterin nicht gleichgültig sein können.

Vor einiger Zeit wurde in der Gewerkschaftspresse kurz auf ein Buch aufmerksam gemacht, das so etwas wie eine Unterfuchung der Psychologie der jungen Arbeiterin vermuten ließ. Unter dem Titel „Die jugendliche Fabrikarbeiterin“ kam im Verlage von Ferdinand Schöningh in Paderborn dieses Buch heraus, das wohl hauptsächlich für Erzieher bestimmt sein sollte. — Die Verfasserin, Dr. Hildegard Jungst, hat als Studentin zwei Monate in einer Schokoladenfabrik gearbeitet, um das Leben der Arbeiterin und ihre soziale Umwelt kennen zu lernen. Sie bemerkt dazu einleitend: „Es handelt sich darum, den weiblichen Jugendlichen, die in der Fabrik lohnarbeiten, den Weg zur Bildung, zu ihrer individuellen Lebensformung bereiten zu helfen.“ Die Verfasserin versucht, die Fabrikarbeiterin in ihrem Leben und in ihrer Stellung zur Arbeit resultativ einigermaßen richtig darzustellen — ohne allerdings den gesellschaftlichen Zusammenhängen mit dem für die Arbeiterin so wichtigen Lohnproblem, dem Problem der Menschengenossenschaft, dem für die Fortbildung und Arbeitsmöglichkeit so wichtigen Arbeitszeitproblem u. a. gebührende Erwähnung zuteil werden zu lassen. Soziale Bedingungen und Wirkungen der Fabrikarbeit auf den weiblichen Körper sind unter Zuhilfenahme evangelisch-sozialer Rundfrageergebnisse sogar anerkanntswert mit aufgezeigt. Obwohl die Verfasserin nicht an den sozialen Räten vorbeidenken kann und sie psychologisch zu verstehen versucht, treffen ihre Schlussfolgerungen oft genug daneben. Warum? Über die psychologischen Grundlagen, die soziologische Eingliederung, die geistige, sittliche und religiöse Welt der Arbeiterin bringt die Verfasserin Tabellen. Das sind Fragebogenergebnisse, die die Psychologie der jungen Fabrikarbeiterin stützen sollen. Wo hat die Verfasserin dieses Material her? Die zum Ausdruck gebrachte gesundheitliche und soziale Not der Arbeiterin darf die Kreise nicht stumm machen, für die das Buch doch geschrieben wurde. Deshalb wird darauf verwiesen, daß Fabrikpflegerinnen und Sozialbeamtinnen sowie eine Gesundheitsfürsorgerin und ein früherer Werkmeister die Fragebogen beantwortet haben. Und die Fragebogen sehen auch danach aus. Von den aus verschiedenen Orten und Industriezweigen stammenden 15 „brauchbaren“ Berichten darf hier die Süßwarenfabrik als Beispiel angeführt werden, weil dort die Verfasserin selbst zwei Monate unter den Mädchen arbeitete und auf Veranlassung der Verfasserin dieser Bericht besonders ausführlich abgefaßt wurde. Auf die Frage „Wie benutzt das junge Mädchen die Freizeit?“ wird da die irreführende, allgemeine Antwort gegeben: „Wenig im Haushalt, Ausgang, reges Leben in Straßen und Kneipen.“ Auf die Frage nach evtl. Nebenmerk

und wie mit dem Lohn umgegangen wird, heißt es nur: „Sehr gute Unterwäsche, Prostitution an der Tagesordnung!“ Auf die Frage nach Schwangerschaften heißt es einfach: „nicht häufig, dazu schlaun!“ Verfasserin selbst betont, daß sich die Mädchen danach gedrängt hätten, „Abtreibungen durch Lastenträger“ vornehmen zu können. (Diese Berichterstattung ist einfach skandalös. Die Red.)

Der gesundheitliche Einfluß der Fabrikarbeit wird in anderen Berichten wieder etwas richtiger beantwortet. Die schlechten Wohnverhältnisse finden Berücksichtigung. Das meiste fehlende „eigene Bett“ wird erwähnt. Nach dem „Warum?“ wird nicht gefragt, weil die Psychologie der Arbeiterin nicht im ursächlichen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen ergründet und der „Kampf um die Seele der Arbeiterin“ auf sozialem Gebiet nicht ausgefochten werden darf. Das aber interessiert uns. Wir wissen, daß es nicht stimmt, wenn im Bericht der Säbwarenfabrik auch noch behauptet wird, das Mädchen strebe nicht nach Freiheit, da es genügend Freiheit habe. Minderwertigkeitsgefühle sind gewiß vorhanden, aber nicht vorwiegend bei der jugendlichen Fabrikarbeiterin, und auch nicht so, wie sie die Verfasserin sieht. Und doch ist es für uns beachtlich, wenn die Verfasserin selbst zum nächstfolgenden Bericht sagt: „Die 2-er Mädchen, die in der sozialistischen Jugendbewegung sicher Anregung erfahren, sind geistig geweckter; sonst ist der geistige Stand ein trostloser.“

Wir sehen den Kampf um die Seele der Arbeiterin auch, wenn die Verfasserin an anderer Stelle bedauert, daß sie während ihrer Tätigkeit im Betriebe schweren Herzens darauf verzichten mußte, selbst die Andachtsstunde im Mädchenheim zu übernehmen. Es ist nicht die Rede davon, daß die Fabrikarbeiterin etwa ihre gewerkschaftliche Aufgabe richtig würdigen soll. Nein, es soll die gesteigerte Arbeitsfreude und die sittliche Erneuerung durch eine soziale Betriebswohlzufahrt erreicht werden, deren Grenzen vom Unternehmer zu bestimmen sind. Das ist uns gewiß alles nicht neu. Seit längerer Zeit reisen auch wieder Damen mit der Forderung nach sozialer Betriebsarbeit im Lande umher. Vor einigen Jahren war es schon so, daß die „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsarbeit“ mit Ernst und Eifer bei ihrer Sache war. Im Einzelnehmen mit den Fabrikleitungen wurden fürsorgerisch geschulte weibliche Kräfte drei Monate lang in der Fabrik beschäftigt, damit sie als Sozialbeamtinnen oder Fabrikpflegerinnen dann vermittelnd werden konnten. Den Lohn für diese Arbeitszeit bezahlte die „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsarbeit“, die von konfessionellen Vereinen und verschiedenen wirtschaftlichen Verbänden sowie aus Beiträgen von Arbeitgeberern finanziert wurde. Der Arbeiterschaft, und besonders der Arbeiterin, soll die Tatsache schmachhaft gemacht werden, daß die Beamtin auch praktisch im Betriebe stand, somit imstande sei, mit der Arbeiterin zu fühlen und für sie zu streben. Aber wir wissen, daß Arbeitsleben und Psychologie der Fabrikarbeiterin, insbesondere der jugendlichen Fabrikarbeiterin, ein umfangreiches und schwieriges Gebiet für die Wissenschaft ist, und gerade so das Beispiel aus der Schokoladenfabrik falsch betrachtet werden muß. Schreiberin dieser Zeilen hat durch richtige, d. h. regelrechte und jahrelange Fabrikarbeit in den verschiedenen Industriezweigen auch Einblicke erhalten, dabei oft ihre Kolleginnen als Betriebsfunktionärin in den persönlichsten Angelegenheiten vertreten, erklärt sich aber außerstande, die speziell für die Fabrikarbeiterinnen aufgezeigten psychologischen Forschungsergebnisse und Vorschläge zur Industripädagogik allgemein oder tendenziös anzuerkennen zu können.

Die sittliche Gefährdung der jungen Fabrikarbeiterin hat nichts mit dem religiösen Gedankenleben, auch nichts mit der hemmungslosen sexuellen Triebhaftigkeit der Fabrikarbeiterin zu tun. Natürlich ist es besonders nötig, die Eigenart gefährdeter Menschen kennen zu lernen, damit diese nützliche Glieder der Gesellschaft werden oder bleiben können. (Das heißt, wenn die Gesellschaft imstande ist, der Arbeiterin die Möglichkeit zu geben, sich nützlich zu machen.) Über Formen des Gemeinschaftslebens jugendlicher Arbeiterinnen läßt sich gewiß diskutieren, aber es muß dazu gesagt werden, daß fast alle Arbeiterinnenheime und Mädchenfürsorgeheime um so reformbedürftiger sind, je christlicher sie erziehen und je heftiger sie die Seele der Arbeiterin so beeinflussen. Gerade wenn wir der jungen Arbeiterin sagen, sie solle sich nicht in seelische Abhängigkeit hineinzwängen lassen, ist jene befreiende Lösung gegeben, die bestimmt auf sozialem Gebiet, und wenigstens soweit es die Masse der Arbeiterinnen betrifft, wichtig werden muß.

Im Riesenheer der 12 Millionen erwerbstätigen Frauen kennt auch die jugendliche Fabrikarbeiterin den Zwang und die Selbstverständlichkeit, danach streben zu müssen, sich auf „eigene Füße“ zu stellen. 63 Prozent der erwerbstätigen Jugend hat die 48-Stunden-Woche. Viele müssen auch Sonntags arbeiten. Infolge der Wohnungsnot ist es gewiß auch für uns wichtig, Ledigenheime für Arbeiterinnen, die in ihrer Mehrzahl ungelernete Arbeitskräfte sind, besonders als Fabrikarbeiterinnen zu fordern, weil es billiges, gutes Wohnen und nahrhaftes Essen geben soll. Aber weder durch Einrichtung von Mädchenvereinigungen im Betriebe noch durch religiöse Predigten in Mädchenheimen kann die große soziale Not der Arbeiterinnen gebannt werden. Da muß schon die kritische Sonde an unsere gesellschaftlichen Zustände gelegt und eine Konsequenz gezogen werden; zumal die sittliche Gefährdung der Arbeiterin in katholischen Gegenden sicher nicht geringer ist als in religiös stark gemischten, oder in atheistisch oder sozialistisch beeinflussten. Die schlechte Entlohnung aber und die auch von der Verfasserin Dr. Jüngst zugegebene brutale Behandlung der Arbeiterinnen durch die Vorgesetzten und Unternehmer sollte vielmehr die sittliche Entfristung aller christlich denkenden Menschen hervorrufen. Statt dessen immer das alte Lied: Die fleißige und tüchtige Arbeiterin könnte schon mit ihrem Lohn in unserer Gesellschaftsordnung zufrieden, schlicht und wohlstandlos leben und auch Gefahren trotzen, wenn sie nicht „verbezt“ wird oder leichtsinnig ist und ihre Seele christlich beeinflusst bleibt. Wir fahren den „Kampf um die Seele“ und den Kampf um die bessere und

zweckmäßige Lebensweise auf die Dauer wirksamer und erfolgreicher, wenn wir dafür sorgen, daß Garantien für wirksamen Arbeiterinnenschutz im Betriebe und im gesellschaftlichen Leben geschaffen werden, dadurch, daß die Masse der Industriearbeiterinnen selbst am Kampf um die Besserstellung ihrer Lebenslage teilnimmt. Hier liegt die große sittliche Verpflichtung der Fabrikarbeiterin ihren Kolleginnen und der Allgemeinheit gegenüber. Was die Gefahren des Milieus betrifft, über die noch so mancher Zeitgenosse sittlich-salbungsvoll zu sprechen vermag, muß betont werden, daß die Gewerkschaften Arbeitsmöglichkeiten und fruchtbare Einstellung unserer ganzen Volksschul- und Berufsschulpädagogik auf das Arbeitsleben nicht erst seit heute verlangen. Es spricht auch sehr für die Reformbedürftigkeit der Schule, wenn die Jugend noch mit teils unerfüllbarer Ideologie in das Erwerbsleben eintritt. Der jugendlichen Arbeiterin zeigt die fortschrittliche, wirklich moderne Jugendbewegung, zeigen die gewerkschaftlichen Jugendabteilungen, zeigen Arbeiterport- und Kulturorganisationen den Weg zu kulturellem Aufstieg und zu sittlicher Verpflichtung. Jugendliche und erwachsene Arbeiterinnen lernen damit auch stets mehr verstehen, was die Gesellschaft an ihnen verschuldet hat. Das ist für die heutige Generation noch die beste Voraussetzung und Sicherheit dafür, daß sie auch nach dem Zweck des Kampfes um ihre Seele fragen muß.



Lohnabbau, Preisabbau.

1. Lohnabbau allein bedeutet einen Ertragsgewinn für die Unternehmer und soll zugleich ein Berufungsmittel für die in die Kartelle hineingezwungenen Kleinunternehmer sein. Nur Lohnabbau bedeutet außerdem Minderung der Kaufkraft, also des Konsums, und damit auch Rückgang der Produktion und weitere Arbeiterentlassungen.
2. Lohn- und Preisabbau. Ist der Lohnabbau höher als der Preisabbau, dann tritt die gleiche Erscheinung ein wie im letzten Satz unter 1 angeführt. Halten sich günstigstenfalls Lohn- und Preisabbau die Waage, so ändert sich gar nichts. Alles bleibt wie vorher. Wird der Lohn abgebaut und der Preisabbau versprochen, aber nicht durchgeführt, dann sind die Arbeiter die Dummen.
3. Preisabbau allein. Erst wenn die Produktionsmittelbesitzer, die Groß- und Kleinhändler und die Gewerbetreibenden aller Art einsehen, daß sie auch einmal auf einen Teil ihres guten oder glänzenden Einkommens verzichten müssen, und mit ihren Monoppreisen bis an die äußerste mögliche Grenze heruntergehen, wird der Konsum steigen und erhöhte Produktion einsehen können. Dann tritt allmählich der Rücklauf der Krise ein.



Gewerkschaftliche Nachrichten.

Revolutionäre Wurfgruppe.

Die „Rote Fahne“, Nr. 251 vom 26. Oktober, Beilage 2, Spalte 3, macht wieder großes Theater mit den I.H.-Befelkuchen. Dabei leistet sich das Blatt folgende Verhöhnung:

„In Vorsignalwalde hat ein Schlächtermeister einen Raum zur Verfügung gestellt. Wenn er Wurst kocht, dann überläßt er die fetten Brühe davon dem Essen der Streikenden.“

So weit ist also die KPD, gekunken, daß sie dankbar die Wurstbrühe des guten Schlächtermeisters entgegennimmt. Mit ein paar Eimer voll Brühe kann man den ganzen revolutionären Elan erkaufen. Hoch lebe der gute, wohlthätige Schlächtermeister! Ihm sei Dank. Hoch lebe die Wurstsuppen-Weltrevolution! Wenn alle Schlächtermeister Wurstsuppe an die kommunistische Partei liefern, dann hat die KPD, bald die ganze bürgerliche Gesellschaft über den Haufen geworfen. Woraus zu ersehen ist, wie revolutionär und staatsgefährlich die Wurstsuppe der gut bürgerlichen Schlächtermeister ist.

KPD-Vertreter gegen KPD.

Der kommunistische Stadtverordnete des Schweidnitzer Stadtparlaments und Betriebsratsvorsitzende Rayer ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Er begründet seinen Schritt mit folgendem Schreiben an den Vorstand der SPD:

„Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei. Sechs Jahre habe ich meine Kräfte der KPD zur Verfügung gestellt. Das unsinnige Treiben der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften, das nur die Zerstückelung der Gewerkschaften zum Ziele hat, hat mich erkennen lassen, daß sich die Politik der KPD nur zum Schaden der Arbeiterschaft auswirken kann. Die Gründung der RSD, blieb eine unverantwortliche Spaltung der Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der nur die Geschlossenheit der Arbeiterschaft die reaktionären und falschen Angriffe des Unternehmertums erfolgreich abwehren kann. Deshalb lege ich auch mein Stadtverordnetenmandat nicht nieder, sondern ich werde mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Interessen meiner Wähler, ganz besonders der städtischen Arbeiter, vertreten.“

Die KPD „macht“ Lohnbewegung.

Verzweifelt sucht die KPD, jeden Streik zu „verbreitern“. Durch Prügel sollen die Arbeiter zum Feiern gezwungen werden. So suchte die KPD, während des Metallarbeiterkampfes in Berlin auch die Meierei C. Bolle stillzulegen, wo man die jugendlichen Mitfahrer und Mitfahrerinnen, das sind die sogenannten „Volljungen“, mobilisierte und in einen selbstlosen Kampf befiel. Wer nicht willig war, gegen den wandte man Gewalt an. Nach einigen Tagen mußte dieser von der RSD, angezettelte wilde Streik bedingungslos abgebrochen werden.

Aber nur ein Teil der Volljungen konnte wieder an die Arbeit gehen; ungefähr 50 Jugendliche blieben als Gemäßigte auf der Strecke. Das ist das Ergebnis zweier KPD-Aktionen. Durch gleiche Dummejungenstreiche wurden auch 150 Kraftdroschkensfahrer bei der „Krafttag“ gemahregelt. Die Arbeiterschaft bedankt sich für eine derartige „revolutionäre“ Führung, die nur ins Verderben führt.

Brüderliche Grüße aus Moskau.

Dieser Riesenschwindel läuft täglich durch die KPD-Presse. Brüderliche Grüße aus Moskau an die Streikenden. Schwindel von 2 bis 3. Die Arbeiter Moskaus wissen gar nicht, was in Deutschland vorgeht, denn sie werden ange-schwindelt. Und außerdem haben sie nichts zu sagen. Jemand für diesen Spezialzweck bestellter Schmok sendet die Grüße, wenn überhaupt welche kommen.

Wenn die Arbeiterschaft Rußlands sich untersteht, zu streiken, bekommt sie brüderliche Grüße in Form von Gewehr-salben.

„Wir wollen Revolution haben!“

Vor längerer Zeit hat die Stadt Göttingen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen, auf Grund dessen etwa 220 Wohlfahrtsberwerbslose Beschäftigung erhalten haben. Die Arbeiten werden tarifmäßig entlohnt, allerdings ist die Arbeitszeit, um recht viele Arbeitslose beschäftigen zu können, auf 40 Stunden pro Woche begrenzt. Etwa 50 dieser Arbeitslosen sind, bis die Vorarbeiten soweit gediehen sind, als Pflichtarbeiter beschäftigt; sie erhalten zu ihrer Unterstützung pro Stunde 15 Pf. Zuschlag. Ihnen ist aber die Zusicherung gegeben, daß sie in etwa drei Wochen ebenfalls als Tariflohnarbeiter eingereiht werden. Kommunistische Agitatoren haben es nun verstanden, die Arbeitslosen aufzuputtschen und sie zur Überlegung der Arbeit zu veranlassen. Sie fordern vor allem eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 48 Stunden, obwohl der kommunistische Erwerbslosen-ausschuß in einem Antrag an den Magistrat die Verkürzung der Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben auf 40 Stunden verlangt hat. Durch Drohungen haben die kommunistischen Weltrevolutionäre auch die nichtkommunistischen Arbeitslosen von den Arbeitsstellen verjagt. Am 22. Oktober fanden nun zwischen dem Magistrat und den „Streikführern“ Verhandlungen statt, in deren Verlauf der Führer des Erwerbslosenausschusses, der Kommunist Strafen, eine Auferlegung tat, die es verdient, in der Arbeiterschaft bekanntzuwerden. Strafen sagte zum Oberbürgermeister: „Es kommt uns gar nicht darauf an, unsere Forderungen durchzusetzen, sondern wir wollen Revolution haben!“ Nachdem der Karren jetzt verfahren ist, sollen die so sehr geschmähten Gewerkschafts-„bonzen“ helfen. So sehen die Leute aus, die vorgeben, alles für die Arbeitslosen tun zu wollen, und jeden, der ihren Unsinn nicht mitmacht, „Verräter“ schimpfen.

Ver Schmeltzung abgelehnt.

Das Denken der Menschen ist konservativ. Diese Tatsache können wir selbst bei den Radikalisten feststellen. So wurzelt zum Beispiel der russische Radikalismus — der es gar nicht ist — im Mittelalter.

Der Verband der Kupferschmiede diskutiert seit acht Jahren die Frage der Ver Schmeltzung mit dem Metallarbeiterverband. Im Monat Oktober 1930 hat über diese Frage eine Urabstimmung stattgefunden. 77,5 Prozent der Mitglieder haben sich an der Abstimmung beteiligt. Es stimmten von diesen 44,6 Prozent für und 54,8 Prozent gegen die Ver Schmeltzung. Der Anschlag ist also wiederum abgelehnt. Ähnlich liegt es auch beim Dachdeckerverband, dessen Hauptvorstand sich stets für den Anschluß an den Bau-gewerksbund eingeseht hat.

Wiederholt wurde früher behauptet, die Führer seien gegen den Zusammenschluß. Das war nie der Fall. Der hemmende Faktor für die Fortentwicklung war immer die Mitgliedschaft, allerdings nur die organisierten Indifferenten, d. h. jene, die wohl Mitglieder, aber für die Organisation geistig passiv sind.

Das Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Nach Verhandlungen der Parteien unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Stegerwald am 28. Oktober kam zwischen den Parteien eine Vereinbarung zustande, die als Grundlage zu einer Urabstimmung über die Arbeitsaufnahme galt. Die Urabstimmung der Metallarbeiter ging am 30. Oktober vor sich und hatte folgendes Ergebnis: An der Abstimmung beteiligten sich 73 278; für Fortführung des Streiks stimmten 32 847 und für Annahme der Vereinbarung zwischen den Metallindustriellen und den Gewerkschaften stimmten 40 431. An der Abstimmung haben sich 62 165 Streikende nicht beteiligt. Damit ist der Streik beendet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Braunschweig. Am 22. Oktober starb im Alter von 80 Jahren unser langjähriges Mitglied Karl Schünemann. Er gehörte seit dem 1. Mai 1894 bis zu seinem Tode unserer Organisation an. Etwa 20 Jahre lang war er Hauptkassierer unserer Zahlstelle. Seine Treue zur Organisation sowie sein Pflichtbewußtsein können jedem Mitgliede als leuchtendes Beispiel dienen. Dem größten Teil der Mitglieder unserer Zahlstelle wird er bekannt sein. Er kassierte die Beiträge mit großer Gewissenhaftigkeit und nachahmenswerten Pünktlichkeit. Für die Mitglieder war er der gute Geist der Zahlstelle, so daß sie uns oft erklärten, wenn Schünemann um die bestimmte Zeit nicht bei ihnen wäre, würden sie unruhig. Einige sagten auch, daß sie an diesem Tage keine Uhr brauchen; wenn der alte Karl kam, mußten sie genau, wie spät es war. Unermüdblich war er für unsere Organisation tätig. Jedoch das Inflationsjahr 1923 hat seiner Tätigkeit ein Ende bereitet. Als 73jähriger wurde er pflastermüde; der Wagen gab dem müden Körper ungenügende Aufbaumstoffe, und Karl dem schweren Herzens sein Amt ab. Die ungeheuren Zahlen, mit denen man damals zu rechnen hatte, haben auch unseren Karl etwas verwirrt. Er mußte wohl oder übel in den ihm aufgezwungenen Ruhezustand eintreten. Mit der Invalidenrente und einem Zuschuß von unserer Zahlstelle hat er sich durchs Leben geschlagen. Wir haben einen Kollegen verloren, der treues Pflichtbewußtsein und Ehrlichkeit in sich verkörperte. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Fürth i. Bayern. Nach jahrelangen Bemühungen und Kämpfen ist es uns endlich gelungen, auch für die drei in Fürth befindlichen Obf- und Gemüsekonzervenfabriken einen einheitlichen Lohnarif durchzusetzen. Bis jetzt hatten wir nur mit der Firma Arnold u. Co. einen Lohnarif für weibliche Arbeitskräfte, der allerdings weder finanzmäßig noch finanziell eingehalten wurde. Für die Firmen August Bauerfreund und Otto Dörl bestand

Chemische Industrie

Das Rätsel der Bedaur-Wissenschaft.

IV.

Zur Berechnung des Lohnes werden Lohnbasen und Lohnklassen gebildet. Der Tariflohn bildet die Grundlage. Nach folgender Aufstellung wird für jede Arbeit eine Bewertung vorgenommen.

Aufstellung zur Festsetzung der Punktzahl für die Bedaur-Lohnbasis.

Geschicklichkeit:

1. Anlernen,
2. praktische Tätigkeit,
3. bisherige Erfahrung,
4. Kompliziertheit und Bewegungen.

Verantwortlichkeit und Geistesfähigkeit:

1. Anlage und Material,
2. Wertung auf nachfolgende Arbeit,
3. Zusammenarbeit,
4. Wachsamkeit,
5. Auftragsarbeit.

Physische Anforderungen:

1. Eintönigkeit,
2. abnorme Arbeitsstellung,
3. ungewöhnlich schwere Arbeit,
4. Unannehmlichkeit.

Risiko:

1. Krankheit,
2. Unfälle,
3. körperliche Leiden.

Nehmen wir an, es werden

für Anlernzeit . . .	12 Punkte
für Erfahrung . . .	10 Punkte
für Wachsamkeit . . .	8 Punkte
und für schwere Arbeit . . .	25 Punkte
zusammen 55 Punkte	

zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung ausgehandelt. Diese Punkte werden nach einer Bedaur-Tabelle bewertet, zum Tariflohn geschlagen und ergeben so die Lohnbasis. Die niedrigste Lohnbasis beträgt nach einem praktischen Fall 13 Prozent über Tariflohn von 82 Pf. = 93 Pf. Dieses ist der Stundenlohn für eine unkomplizierte Arbeit. Er liegt in unserem Falle unter dem bei Akkordarbeit im Tarif festgelegten Mindestsatz von 20 Prozent und entspricht der niedrigsten Lohnklasse bei Bedaur. Die höheren Lohnklassen ergeben sich aus höherer Punktbewertung. Lohnklassen und Lohnbasen decken sich. Es beträgt die Lohnbasis in

Lohnklasse 00	93 Pf. für Männer, 60 Pf. für Frauen
Lohnklasse 0	96 Pf. für Männer, 63 Pf. für Frauen
Lohnklasse 1	99 Pf. für Männer, 66 Pf. für Frauen
Lohnklasse 2	102 Pf. für Männer, 69 Pf. für Frauen
Lohnklasse 3	105 Pf. für Männer, 72 Pf. für Frauen
Lohnklasse 4	108 Pf. für Männer, 75 Pf. für Frauen
Lohnklasse 5	111 Pf. für Männer, 78 Pf. für Frauen
Lohnklasse 6	114 Pf. für Männer, 81 Pf. für Frauen

Wie entsteht nun der Lohn nach Bedaur? Sehen wir folgende Tabellen an, die nach Lohnklasse 3 mit 105 Pf. Stundenlohn berechnet sind

Gemeine Zeit Sekunden	Geschwindigkeit	Normalzeit Minuten	Erholungs- faktor	B-Wert bei 100 St.	Lohn- u. Bedaur Pf.
I.					
10 !!	75 !!				
11 !!!!	70 !!!!				
12 !!!	60 !!!				
13 !! +	55 !!	0,198	1,15	22,77	39,82
14 !!!!!	50 !!!!!				
15 !	45 !				
16 !!!	40 !!!				
17 !!!	40 !!!				
18 !!	35 !!				
19 !!!!!	35 !!!!!				
20 !!!	35 !!!				
II.					
10 !!	85 !				
11 !!!!	80 !!!!				
12 !!!	75 !!!				
13 !!!!! +	70 !!!!!	0,243	1,20	30,40	53,2
14 !!!	70 !				
15 !	—				
16 !!!!!	60 !				
17 !!!!!	60 !!				
18 !!	—				
19 !!!!!	55 !!!!!				
20 !!!!!	50 !				
III.					
10 !!	80 !				
11 !!!!!	75 !!				
12 !!!!! +	70 !!!!!	0,233	1,15	26,79	46,88
13 !!!!!	65 !!				
14 !!!!!	60 !				
15 !!!!!	60 !!				
16 !!!!!	60 !!				
17 !!!!!	55 !				
18 !!!!!	50 !!				

In Tabelle I liegt der Durchschnitt der Zeitmessung bei 15,18 Sekunden, erzielt folglich eine Normalzeit von 0,232 Minuten und einen B-Wert von 26,68 für 100 Stück, woraus sich der B-Lohn von 46,69 Pf. ergibt, oder einen Verlust von 14,71 Prozent. Der Arbeiter erhält anstatt 120,44 Pf. nur 105 Pf. je Stunde bei 60 geleisteten B. Würde die nächstfolgende Zeitziffer, also 14 Sekunden, zur Berechnung kommen, gestalte sich das Ergebnis für den Arbeiter noch

ungünstiger, weil die Geschwindigkeit bei 14 Sekunden auf 50 geschätzt wird und dementsprechend die Normalzeit nur 0,194 Minuten beträgt.

In Tabelle II liegt der Durchschnitt der Zeitmessung bei 15,12 Sekunden, erzielt folglich eine Normalzeit von 0,294 Minuten und einen B-Wert von 33,71 für 100 Stück, woraus sich der B-Lohn von 59 Pf. ergibt, oder ein Verlust von 9,83 Prozent. Der Arbeiter erhält anstatt 115,32 Pf. nur 105 Pf. pro Stunde bei 60 geleisteten B.

In Tabelle III liegt der Durchschnitt der Zeitmessung bei 13,9 Sekunden, erzielt folglich eine Normalzeit von 0,270 Minuten und einen B-Wert von 31,05 für 100 Stück, woraus sich der B-Lohn von 54,34 Pf. ergibt oder ein Verlust von 13,73 Prozent. Der Arbeiter erhält anstatt 119,47 Pf. nur 105 Pf. je Stunde bei 60 geleisteten B.

Da der Normalarbeiter ohne Überanstrengung nicht nur 60, sondern 80 B je Stunde erreichen soll und tatsächlich auch über 60 B und selbst über 80 geleistet werden, für die Überleistung aber nur 75 Prozent des durch Bedaur festgesetzten Preises ausgezahlt wird, wird der Lohnbetrag an den Arbeitern bei höherer Leistung immer größer. Dabei ist zu



Bestell-Nr. — 297 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgeosenschafter

Achtung bei elektrischen Leitungen!

In den Kreisen der Laien ist die Ansicht sehr verbreitet, daß die Leitungen mit üblicher Lampenpannung ungefährlich sind, da sie selbst schon häufig Schläge ohne jeden Nachteil mit dieser Spannung erhalten haben. Nun bedingt die Spannung keine Gefahr, wenn man z. B. im Zimmer mehr oder weniger gut isoliert steht. Im Freien dagegen auf nassen Gerüstbrettern oder bei der Berührung zweier Drähte mit den Händen ist die Berührung blanker Leitungen lebensgefährlich. Das sollten alle Arbeiter, die im Freien arbeiten, unbedingt beachten und mit den Arbeiten nicht eher beginnen, bis die Leitungen abgeschaltet oder umwehrt sind.

beachten, daß alle früher geschilderten bei der Aufnahme und bei der Schätzung der Geschwindigkeit und des Erholungsfaktors erwähnten Fehler und Fehlerquellen bei unserer Aufstellung nicht berücksichtigt worden sind. Ebenso sind die früher hervorgehobenen Schädigungen durch willkürlich erhöhte Stückzahl bei einzelnen Arbeitsvorgängen nicht berücksichtigt worden, trotzdem sie in diesen letzten drei Aufstellungen, wo der B-Wert immer nach 100 Stück festgelegt wurde, zum Teil mit enthalten sind. Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß sämtliche Aufnahmen der Zeitnehmer vom Zeitnehmer selbst auf Grund der Erfahrungen geändert werden; das geschieht, indem die Aufnahme der Zeit zahlenmäßig geordnet wird, wie es unsere Schemata zeigen. Wo da nach Ansicht des Schätzers Unstimmigkeiten vorhanden sind, werden sie bei der Umschrift ausgeschaltet. Es kommt dabei ganz auf die Intelligenz und den guten Willen des Zeitnehmers an. Daß diese so korrigierten Aufnahmen vom Bedaur-Ingenieur nochmals einer Korrektur unterzogen werden, haben wir schon früher erwähnt. Die Korrekturen sind dann am häufigsten, wenn die Sireunungen sowohl in der Zeitaufnahme als auch in der Geschwindigkeitsschätzung auftreten.

Auch der Erholungsfaktor bietet bei der Festsetzung Schwierigkeiten und wird häufig nachträglich geändert. Es wird zwar behauptet, daß der Erholungsfaktor zwischen 10 und 200 Prozent schwankt und für den Erholungsfaktor bestimmte Tabellen vorhanden sind. Wir haben aber noch keinen Zeitnehmer finden können, dem diese Tabellen vorgelegen haben. Mündlich sind aber bestimmte Sätze für den Erholungsfaktor übermittelt worden, die jedoch nicht entfernt für alle Arbeitsvorgänge ausreichen und die auch in der Anwendung fortgesetzt zu Rückäußerungen und Streitigkeiten führen.

Wie wissenschaftlich das ganze System ist, geht daraus hervor, daß man jetzt bereits in den großen Betrieben Hannovers dazu übergehen will, sogenannte Normal-B-Werte zu errechnen, die dann eine vollständige Umwälzung des sogenannten wissenschaftlichen Bedaur-Systems nach sich ziehen müssen.

Bedaur teilt die Arbeit nach produktiver und unproduktiver ein. Das ist eine Begriffsverwirrung, die leider nicht nur bei Bedaur anzutreffen ist. Zur unproduktiven Arbeit werden das Inganggehen der Maschinen, Heranschaffen des Rohmaterials, Abtransport der fertigen Ware und vieles andere gerechnet. Durch den Ausdruck unproduktive Arbeit soll festgestellt werden, daß diese Arbeit ausgeschaltet werden muß.

Wie nach der Ausschaltung der Produktionsprozess noch vor sich gehen soll, bleibt selbstverständlich Geheimnis der Bedaur-Gesellschaft. Die sogenannte unproduktive Arbeit ist nichts weiter wie Wortgeklingel, das die Öffentlichkeit und auch die Arbeiter irreführen soll.

In größeren Abteilungen versucht Bedaur auch Aufsicht und Bedienung gesondert vom Produktionsprozess nach Bedaur einzuschätzen. Zur Aufsicht werden Vorarbeiter und Meister, vielleicht auch Betriebsleiter gerechnet, während unter Bedienung die Arbeiter verstanden werden, die das Material heran- und abtransportieren müssen. Diese Aufsicht und Bedienung wird in vielen Fällen nicht nach dem üblichen Verfahren bedaurisiert, sondern es wird eine Kalkulation aufgemacht, die besagt, daß etwa 1 Prozent oder 2 Prozent über in den Abteilungen geleisteten Bz für Aufsicht und Bedienung aufgewendet werden dürfen. Dabei hat es sich ergeben, daß diese ausgeworfene Summe oft derart gering ist, daß die Arbeiter nicht entfernt auf ihren Lohn kommen, der ja nach irgendeiner Bedaur-Basis festgesetzt ist. Es scheinen immerwährend Unterwerte, die dem Gesamtbetrieb zur Last fallen. In Einzelfällen ist jedoch der vorgesehene Pauschalsatz so hoch, daß die Arbeiter zu einer sehr hohen B-Wert-Zahl kommen und bemüht sein müssen, durch Arbeitsstreckung die Ziffer nicht allzu hoch anschwellen zu lassen. Und solche Methoden werden von der Bedaur-Gesellschaft als wissenschaftlich angesehen.

Daß die Arbeiter, die zur sogenannten Bedienung gehören, auch nach Bedaur abgestoppt, geschätzt und gewertet werden, versteht sich von selbst. Aber auch an die Vorarbeiter und Meister macht sich Bedaur ab und zu heran. Es läuft dann der Zeitnehmer volle acht Stunden oder eine ganze Woche hinter dem betreffenden Vorarbeiter oder Meister her. Aus menschlich begreiflichen Gründen kommt es dann vor, daß ein Vorarbeiter, wenn er sich dauernd beobachtet fühlt, sich verhältnismäßig langsam bei der Arbeit bewegt und nicht unbedingt notwendige Arbeit liegen läßt. Der Erfolg solcher Verhaltens ist nun umgekehrt wie bei Arbeitern. Der Zeitnehmer stellt dauernd nur 30er und 40er Geschwindigkeiten fest, wodurch die Betriebsleitung auf den Gedanken kommen muß, daß der betreffende Vorarbeiter oder Meister nicht voll beschäftigt ist. Man weist diesen Leuten dann größere Aufsichtsbefugnisse oder dergleichen zu. Dann stellt sich jedoch heraus, daß beim Zeitnehmen notwendige Arbeiten, die einmal aufschiebbar waren, nicht gemacht werden können, wenn die Arbeitsleistung noch vergrößert wird. Solche Vorarbeiter und Meister sind dann vollständig festgefahren. Aber Bedaur kann sich helfen. Er führt dann für diese Aufsichtspersonen nicht die weißen Normal-Bedaur-Arbeitsblätter ein, sondern er nimmt grüne sogenannte vorläufige Bedaur-Arbeitsblätter. Wie der Ausdruck vorläufig schon besagt, kann Bedaur dann beliebig seine Feststellungen ändern. Und solche Vorgänge wagt die Bedaur-Gesellschaft als wissenschaftlich zu bezeichnen.

Das vorläufige grüne Arbeitsblatt findet aber auch Anwendung bei Arbeiten, die nur in verhältnismäßig kleiner Stückzahl vereinzelt vorkommen. Die bei solchen Arbeiten vorgenommenen Zeitmessungen, Schätzungen und Wertungen erfahren nach all den zuungunsten der Arbeiter vorgenommenen Manipulationen dann noch einen Abzug von 10 Prozent, wodurch man erreichen will, daß der Lohn nicht zu hoch festgesetzt wird. Kommt dann die Arbeit nach vielleicht einem halben Jahre oder einem Jahre wieder einmal vor, soll der endgültige B-Wert festgesetzt werden. Es sind Fälle bekannt geworden, wo auch beim zweiten Arbeitsgang Bedaur zu keinem endgültigen Ergebnis gekommen ist und man auf den dritten Auftrag wartete. In diesen Fällen müssen sich die Arbeiter den Extraabzug von 10 Prozent so lange gefallen lassen, bis später einmal ein endgültiges Ergebnis von Bedaur erzielt wird und dementsprechend das weiße Normalarbeitsblatt eingeführt wird.

Diese Ungerechtigkeiten verteidigt Bedaur damit, daß er erklärt, es sei psychologisch unerträglich, wenn der Wert der Arbeit später gemindert werden müßte. Daß die 10 Prozent Abzug später gezahlt sind, ist uns noch nicht bekannt geworden. Es ist uns aber nachgewiesen worden, daß mindestens ein Bedaur-Ingenieur sich gegen den sogenannten vorläufigen Abzug von 10 Prozent gewandt hat, wenn auch erfolglos.

Eine andere Unebenheit des Bedaur-Systems liegt darin, daß die Vorarbeiter, die in den Großbetrieben Hannovers eine Lohnbasis von 1,30 Mk. haben, meist noch sogenannte Funktions- oder Leistungszulagen beziehen. Diese Leistungszulagen betragen 20, 30 bis 40 Mk. monatlich. Wenn nun in den Abteilungen der betreffenden Vorarbeiter die 60 B-Punkte überschritten werden, erhalten die Vorarbeiter die Bedaur-Prämien. Sonderbarerweise wird durch diese Bedaur-Prämien das Einkommen der Vorarbeiter nur dann erhöht, wenn die Bedaur-Prämien höher sind als die Leistungs- oder Funktionszulagen. Die Bedaur-Prämien werden nämlich gegen die Leistungs- oder Funktionszulagen aufgerechnet. Beträgt die Funktionszulage 30 Mk. und die Bedaur-Prämie 40 Mk., dann erst erhält der Vorarbeiter 10 Mk. mehr.

Eine Konferenz der Funktionäre aus der Braunkohlen- und Kaliindustrie

tagte am Sonntag, dem 26. Oktober d. J., in Halle a. d. Saale im Volkspark, um zur Kündigung der in diesen Industriezweigen noch bestehenden Mehrarbeitsabkommen Stellung zu nehmen.

Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Schmidt vom Bergbauindustriearbeiterverband über die „Wirtschaftslage in der Braunkohlen- und Kaliindustrie“ setzte eine lebhafte Diskussion ein. Von sämtlichen Diskussionsrednern wurden die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Maßnahmen gutgeheißen. Einstimmig wurde die Kündigung des Mehrarbeitsabkommen beschlossen.

Demnach wird das Mehrarbeitsabkommen für die Braunkohlenindustrie am 31. Oktober zum 31. Dezember d. J. und das Abkommen für die Kallindustrie am 31. Oktober zum 31. Januar 1931 gekündigt.

Aufgabe der Kollegen in den Betrieben muß es nun sein, den Beschluß der Funktionärkonferenz wirkungsvoll zu unterstützen. Die Belegschaften müssen zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Jede nicht unbedingt notwendige Überstunde muß vermieden werden.

Papier-Industrie

Kommunistische Brunnengiftung.

Erst am 21. Oktober 1930 erhielten wir in Hannover Kenntnis von einer kommunistischen Betriebszellenleitung, beifolgt: „Die Papiermühle“, Betriebszeitung der Belegschaft der Kröllwitzer Papierfabrik, Nr. 2, erschienen im 3. Jahrgang im Juli 1930.

In diesem Blättchen veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schmitt unter der Überschrift: „Ein neuer Schandvertrag“ über den am 1. Juli 1930 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Papiererzeugungsindustrie. Nach kommunistischer Art stellt in diesem Artikel Heinrich Schmitt nicht nur die Wahrheit auf den Kopf, sondern gibt den einzelnen Bestimmungen des Tarifvertrages eine demagogische und verlogene Auslegung.

Wenn Schmitt den G.W. „einen wahren Sklavenvertrag“ nennt, so sind wir derartige Verunglimpferungen der Gewerkschaftsarbeit durch die K.P.D. gewohnt, um uns darüber noch aufzuregen. Wenn er aber weiter behauptet, daß der Vertrag neu abgeschlossen wurde, so beweist er damit nur, daß er über Dinge schwätzt, von denen er nichts versteht.

Was ist in Wirklichkeit geschehen? Die Papierarbeiterkonferenz in Leipzig beschloß, die Zeichen der heranwachsenden schweren Wirtschaftskrise richtig erkennend, von einer Kündigung des Tarifvertrages Abstand zu nehmen.

genau das Gegenteil. Befehlige Feiertage sind mit Ausnahme in den durcharbeitenden Betriebsabteilungen der Zellstoffindustrie für die übrige Arbeiterschaft keine Arbeitstage; infolgedessen entsteht auch durch diese Feiertage kein Arbeitsausfall.

Die Protokollnotiz zu Absatz 3c läßt ferner zu, daß Ausfälle von Arbeitszeit in besonderen Fällen, wie Maschinendruck, sowie Fälle der höheren Gewalt auf die einzelnen Arbeitstage derselben oder der folgenden Woche umgelegt werden können.

Schmitt aber schlußfolgert daraus, daß in die Woche fallende Feiertage auf die anderen Arbeitstage umgelegt werden können, und daß Überstunden dafür nicht bezahlt zu werden brauchen.

Freiheit und Demokratie.

Die wirkliche Gefahr, die leider in proletarischen Schichten ganzer Länder zu verzeichnen gewesen ist, ist, daß die Wichtigkeit der Freiheit, die Wichtigkeit der Demokratie von den Arbeitern nicht erkannt wird.

Hilferding (auf dem Parteitag in Kiel 1927).

Ferner behauptet Schmitt: „Die Überstundenberechnung beginnt überhaupt erst mit der 96-Stunden-Doppelwoche. Wenn also z. B. die Weihnachtstage in die Mitte der Woche fallen und die Arbeiter dadurch nur vier Tage arbeiten, kann der Unternehmer die verlorene Arbeitszeit einfach in der nächsten Woche nachholen lassen, ebenfalls ohne Überstundenzuschlag.“

Hier begeht Schmitt den gleichen Schwindel. Selbstverständlich werden die sogenannten hohen Feiertage ebenso bemerkt wie ein anderer Feiertag. Die Protokollnotiz zu § 2 Absatz 3c sagt ausdrücklich, daß kein Anspruch auf Überstundenzuschlag im Rahmen der 96-Stunden-Doppelwoche besteht, wenn die Arbeitszeit an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen verkürzt wird.

Von Fach- und Sachkenntnis nicht getrübt sind zweifellos auch die folgenden Ausführungen von Schmitt:

„Noch gemeiner ist die Protokollnotiz zu Absatz 6 des § 2. Dort heißt es, daß in den durchlaufenden Abteilungen die beiden Abtäter den fehlenden Dritten zu vertreten haben, oder auf gut deutsch: zwei Arbeiter müssen für drei arbeiten, ohne die Bezahlung dafür zu erhalten.“

Da Schmitt jahrelang Betriebsratsvorsitzender des Lenawerkes war, das Lenawerke aber gleichfalls kontinuierlich arbeitet, gesetzt ist, daß diese Bestimmung des Tarifvertrages nicht sachgemäß anzuwenden zu können.

Arbeitszeit ausfallen müssen. Daß sie dafür nicht nur die Bezahlung der mehr geleisteten Arbeitsstunden, sondern auch die Überstundenzuschläge erhalten, steht tariflich fest. Schmitt kommt es aber auf eine Fälschung gar nicht an, denn sonst hätte er darauf hinweisen müssen, daß nach der gleichen Protokollnotiz eine derartige Mehrarbeit nur zulässig ist, wenn eine Vertretung durch Ersatzleute nicht geschehen kann.

Dieselbe demagogische Auslegung läßt Schmitt auch dem Urlaubsparagrafen angeheften; wenn er behauptet: „Der Unternehmer braucht bei Kurzarbeit nur die Anzahl der ausgefallenen Arbeitsstunden nach der regelmäßigen Arbeitszeit des Betriebes oder der betreffenden Abteilung zu zahlen; höchstens aber acht Stunden täglich.“

Da Schmitt wahrhaftig auch durch die übliche schwarze Hornbrille der kommunistischen Reichstagsabgeordneten noch nicht sehen gelernt, verübeln wir es ihm auch nicht, wenn er beim § 15 G.W. zu folgenden Schlußfolgerungen kommt:

„Im § 15 besagt eine Protokollnotiz, daß die Verhandlungen nur von Verband zu Verband resp. für die Bezirks- und Gauleiter der Gewerkschaften zulässig sind. Durch diese Notiz wird die Mitgliedschaft und auch der Betriebsrat vollkommen ausgeschlossen. Die Bongen schließen einfach einen Vertrag ab, die Arbeitererschaft soll ihn einhalten.“

Nach dieser Leistung müssen wir feststellen, daß nicht nur lesen die schwache Seite von Schmitt ist, sondern daß er auch über einen vollkommen ausgeprägten Gedankenklaps verfügt. Der § 15 G.W. behandelt das Vorverfahren bei Streitigkeiten. Da heißt es im Absatz 1 ausdrücklich, daß die Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erst im Wege der Verhandlung, erforderlichenfalls unter Hinzuziehung der geschlichen Vertretung der Arbeitererschaft anzustreben ist.

Also, erst wenn mit Hilfe des Betriebsrates keine Verständigung mit dem Unternehmer zustandekommt, finden nach § 15 Absatz 2 die Verhandlungen statt. Selbstverständlich können diese Verhandlungen weder von den einzelnen Mitgliedern noch von den Betriebsräten geführt werden, da sie ja nicht Tarifträger des Reichstarifes und der Bezirksstarife sind.

Nachdem Schmitt noch nicht einmal den Abschluss von Tarifverträgen und den Austrag von Betriebs- und Einzelstreitigkeiten im Rahmen des Tarifvertrages auseinander halten kann, wundern wir uns wirklich nicht, daß ihn selbst die K.P.D. bei der diesjährigen Reichstagswahl als Kandidaten nicht mehr aufstellte.

Nahrungsmittel-Industrie

Geschäftsergebnis einer Konservenfabrik.

Auf allen Tagungen der Arbeitgeber aus der Konservenindustrie und in der Fachpresse wird dauernd die Auffassung vertreten, daß das letzte Geschäftsjahr für die Konservenindustrie eine Katastrophe bedeutet. Es wird immer und immer wieder darüber geplärrt, daß die Lager voll sind und nicht abgesetzt werden können, weil infolge des gelinden Winters selbst im Winter zuviel Frischgemüse vom Ausland hereingekommen ist.

Die Protokolle nur auf die ziemlich geräumten Vorräte und auf umfangreiche Verkaufsschlüsse mit der Kundschaft eingestell und ist reibungslos verlaufen.

◆ ◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆ ◆

Armentod.

„Lau legt der Wind durch abendliche Straßen. Ein armes Kind steht müde und mit blassen Wangen in belebter Nacht.“

„Kauft Blumen ab“, so bittet es die Leute. „Von Vaters Grab hat sie die Mutter heute morgen schweren Sinns gepflückt.“

„Kauft Blumen doch!“ fließt es in Angst und Sorgen. „Denn wenn ich nichts heimbringe, muß ich morgen mit Mutter weiterhungern.“

Der Tag beginnt. Durch morgenstille Straßen trägt man ein Kind mit Blumen und mit blassen Wangen leblos nach Hause.

Artur Schn.

Die Normalzeit.

Dubbsenhausen ist in Oberbayern. Und in Dubbsenhausen bin ich in den Ferien. Die Rathausuhr hier geht einmal vor, dann wieder einmal nach, und die Sache fing an, mich zu belustigen. Ich wendete mich — man hat ja Zeit in der Sommerfrische — an den Rathauspfortner und Gemeinbediener (beides in einer Person) und fragte bescheiden, ob die Rathausuhr täglich gestellt werde.

„Jawoll! Mir ham Normalzeit!“
„Und wer richtet die Uhr?“
„Dös tuar i jeden Morgen um achte perseentlich!“
„So! Und woher bekommen Sie denn jeden Morgen die Normalzeit? Von der Sternwarte etwa? Oder...?“
Er setzte ein halb mitleidiges, halb pfliffiges Lächeln auf: „A, woher doch! Seng S, da is unser Herr Obersekretär Wünsch. Im vorigen Jahr hat er sein 25jähriges Jubiläum gefeiert. Des is an pinkalischer Mann. Seit 26 Jahren kommt er jeden Tag Punkt Achte in sein Amtszimmer. Seng S, lieber Herr, auf so an Mann is mehr Verlaß als auf an Steuwartn oder sonst so an neumodisch Feugsil. Da is an Normalzeit, wies leibt und lebt!“
Da nun Herr Wünsch auch die Ausgabe der Kurkarten unter sich hat, zudem als Stammpost in der „Alten Post“ verkehrt, war der Weg zur persönlichen Bekanntschaft frei, und ich jagte ihm dann eines Abends, ich hätte gehört, er sei während seiner 25 Dienstjahre niemals zu spät in den Dienst gekommen, wie er denn das mache. Und da ward mir der Schleier des Geheimnisses gelüftet.
„Seng S,“ jagte er, „dös Mechanische hat a sei Quats. I kenn mei Weg genau. Von meiner Wohnung bis zum Rathaus geh i pfeilgerad zwoa um a halbe Minutn. Wenn i also um 7:57 Uhr mein Quat aufseh, dann tret i Punkt Achte in mei Amtszimmer.“
„Jagegeben! Aber woher wissen Sie denn jeden Morgen, daß es genau 7:57 Uhr ist?“
Ein wissendes Lächeln. „Schams, so an Dämmerchoppen hat a sei Quats. Jeden Abend, wenn i zwam Dämmerchoppen geh, bleib i vor der „Alten Post“ an Augenblick stehen, zieh mei Tafeluhren und vergleichs mit unserer Rathausuhr.“
„Ja, aber hat denn die Normalzeit?“
„Freilich, aber freilich! Dazur sorgt schon über zwanzig Jahre unser Gemeinbediener!“
Und damit war der geheimnisvoll wunderbare Kreis der Normalzeit von Dubbsenhausen in Oberbayern geschlossen.

A. F. Brenntissen.

Der Gelegenheitskauf.

Von Jo Hanns Rösler.

Saisonverkaufs bei Schlander u. Ramisch. Kommt ein Kunde:
„Sie haben Ausverkauf?“
„Ja, dienen. Selten günstige Gelegenheiten. Einmal im Jahr. Alles unter Einkaufspreis. Kommen und stannen. Bis 50 Prozent ermäßigt.“
„Zeigen Sie mir etwas mit 0 Prozent Rabatt!“
„Bringt ihm Schlander einen verschossenen Leppich.“
Der Kunde nimmt den Leppich.
Schlander wickelt den Leppich in eine Tüte.
Der Kunde marschiert an die Kasse.
In der Kasse sitzt Ramisch.
„Alles nach Wunsch bekommen?“
„Wehrt der Kunde ab: „Danke. Habe schon. Mit fünfzig Prozent.“
„Liest Ramisch den Zettel: „Ah — einen Leppich — ein seltenes Stück. Wirklich ein Gelegenheitskauf!“
„Fragt der Kunde: „Kleintextur haben doch bei Ihnen zehn Prozent Rabatt?“
„Meint Ramisch: „Gewiß!“
„Fragt der Kunde: „Stammkundschaft hat bei Ihnen zehn Prozent Sonderabst?“
„Meint Ramisch: „Gewiß!“
„Fragt der Kunde: „Bei Barzahlung zehn Prozent Kassenbon?“
„Meint Ramisch: „Gewiß!“
„Fragt der Kunde: „Als Verwandter Ihres ehemaligen Vorkundens zehn Prozent Personalabst?“
„Meint Ramisch: „Gewiß!“
„Sagt der Kunde: „Und dann bin ich noch in der Freiheitspartei, im Handelsklub, im Sparverein, im Hamscherenverband und im Schützen.“
„Meint Ramisch: „Gewiß!“
„Sagt der Kunde: „Macht gemäß Ihren Interessen fünfmal fünf Prozent. Dazu viermal zehn Prozent, und zusammen fünfmal fünfzig Prozent. Dazu fünfzig Prozent Ausverkaufsnachst, und zusammen hundertundfünfzig Prozent.“
„Meint Ramisch: „Bitte sehr. Sie bekommen noch zehn Mark heraus. Hier ist der Leppich. Vielen Dank. Beehren Sie mich bald wieder. Guten Tag.“
Der Kunde marschiert ab. Bleibt plötzlich stehen in der Drezhür. Kommt nochmals zurück. Und fragt: „Rabattmarken geben Sie nicht?“

Kampf der Drei.

Erzählung von Heinz Bach.

„Vorgas, wiederholen Sie!“ schrie die Schmeichelei des Deutschlehrers. „Natürlich, wieder geschlafen. Woran denken Sie eigentlich immer? Inanmerksam in der letzten Zeit. Doch sonst nicht so — was ist mit Ihnen los?“
Vorgas vernahm den Schall der Worte, ohne ihren Sinn zu erfassen. „Antworten! Frechheit!“ Der Lehrer kratzte einen roten Kopf und bohrte seine Augen in die des langsamgehörigsten, schwächlichen Schmeichlers. „Sie sind doch sonst so intelligent.“
Vorgas stand langsam auf, seine Hände schweißten außer,

lagten von Gegenstand zu Gegenstand, von den Mitschülern zum Lehrer. Komisch, wie der Mann aussieht, mit der Stahlbrille und der Blase, der Jensen hat einen Gummikragen um, pudrig — angestrengt versuchte er eine Antwort zu formulieren. Seine Lippen bebten, wie ein Irre starrte er geradeaus ins Leere. Langsam presste er ein sinnloses: „Rein!“ hervor. Der Lehrer ging zum Pult, ergriff den Federhalter: „Vorgas, wegen ungebührlichen Betragens eine Stunde Arrest.“ Die Klasse begann leise zu kichern. Ein Witzbold versuchte das finstere Gesicht Arels zu parodieren. Einige zollten dem Klassenclown leise Beifall. „Ruhe!“ schrie der Lehrer. Es wurde still. Ein vorübergehendes Lastauto ließ die Fensterscheiben erklimmen. Der Federhalter sprang hoch, fiel vom Pult und rollte langsam über den ölgefräkten Fußboden. Arel Borgas stand wie eine Kerze. Seine Fäuste krallten sich um die Banklehne. Der Lehrer knallte die Faust auf das Pult: „Mensch, antworten Sie oder sehen Sie sich hin!“ Arel Borgas suchte zusammen, plötzlich klar, erwiderte er mit fester, heller Stimme: „Entschuldigen Sie, meine Mutter liegt im Krankenhaus und ist heute morgen um sechs operiert.“ Der Lehrer machte runde Augen, schneuzte sich und sprach teilnehmend: „Dann natürlich, wollen Sie frei haben? Ich dispensiere Sie.“ Arel Borgas machte eine knappe Verbeugung. „Wenn Sie erlauben?“ Er lief zum Garderobenstand und riß seine bunte Pennalenmäße vom Haken. Seine Kameraden sahen sich an und machten dumme Gesichtser. Arne Volkmann, der Sekundus, sprang auf: „Arel, wir wünschen alles Gute! Ist es schlimm?“ Arel Borgas drehte sich um und schon im Türschwamben sagte er: „Ja!“ Dann ergriff ihn eine wahnsinnige Angst, er jagte die breite Steintreppe hinab. Der hagere Pedell kam ihm entgegen, riß den zahnlosen Mund auf und schrie: „Höh, Vorgas, Sie sollen sofort ins Krankenhaus kommen!“ Arel quetschte ein „Danke“ hervor und im nächsten Augenblick war er schon auf der Straße. Die Mütze in der Hand, lief er keuchend auf dem Bürgersteig entlang, hieß rücksichtslos die



Fußgänger an, die ihm erstaunt und mißbilligend nachsahen. Seine blonden Haare flatterten im Winde. Von der See her segte eine Boe über das Hafenviertel. Arel durchkreuzte das Gewirr der Gassen und Gäßchen, sprang am Kai über Eisenbahnstienen hinweg und achtete nicht auf die derben, warnenden Zurufe der Hafenarbeiter. Der scharfe Wind stach wie mit Eisnadeln in seine hochende, ausgepumpte Lunge. Endlich erreichte er die Anlagen, in deren harmonisch abgestuftem Grün das Krankenhaus eingebettet lag. Er blieb einen kurzen Augenblick stehen, dann jagte er weiter die wohlgepflegte Allee hinab, vorbei an lustigen, plaudernden Menschen. Endlich stand er vor dem Portal des Krankenhauses. Beim Pfortner nannte er seinen Namen, und zwei Minuten später stand Arel in einem mattenleuchteten Flur und starrte mit brennenden Augen auf eine schlichte grane Tür, hinter der sein Liebling, seine Mutter, den letzten Kampf ihres Lebens kämpfte. Behutsam trat er ein. Im ersten Augenblick raubte ihm die übergeschwängerte Luft des Zimmers halb die Besinnung. Er fühlte einen leisen Druck auf dem Arm und erkannte den Arzt, der ihn mit leiser, schwingender Stimme ermahnte: „Kopf hoch — Sie sind ein Mann — es ist bald zu Ende.“ Arel Borgas biß die Lippen zusammen und trat mit einem krampfhaften Lächeln an das Krankenlager. Seine Mutter hob die Lider, aus ihren Augen sprang ein freundiges Leuchten und unter ungläubigen Mühen vermochte sie ein: „Arel — Sub — komm — setz dich —“, zu



stammeln. Arels Herz krampfte sich zusammen. Ein eisiger Schauer durchbebt ihn. Er dachte an die Weisung des Arztes, und jaghaft ließ er sich auf dem Bettstrand nieder. Er küßte beifühlig seiner Mutter die Stirn. Die schmale, wächserne Hand der Sterbenden krallte sich um die braune Faust ihres Baben. Der Arzt stand am Fußende des Krankenlagers. Arel wollte reden, aber er brachte keinen Ton über die Lippen. Das Lächeln war aus seinem Gesicht verschwunden. Angstvoll starrte er auf das Antlitz seiner Mutter, die ihre Augen wieder geschlossen hatte. Plötzlich verfärbte sich das Gesicht der Kranken. Sie begann langsam mit den Kiefern zu knacken und leise zu stöhnen, daß es schaurig durch die Stille des Zimmers kante. Der Arzt drückte einen Klingelknopf. Raselnd erklang irgendwo das Echo. Arel war in die Knie gesunken und bedeckte die kaltschweißende Hand seiner Mutter mit Küssen. Er fühlte einen stechenden Schmerz im Arm. Er sprang hoch. Mit leichter Kraft zog sich seine Mutter an ihm hoch und sah ihn mit leuchtenden Augen an, aus denen ein Meer von Trübsal sprang. Arel strich seiner Mutter mit der freien Hand über das noch äppige, schwarze Haar. Der Arzt trat sacht hinzu, löste die zuckenden Finger der Sterbenden aus der Hand ihres Baben und legte die Kranke sanft in ihr Kissen zurück. Ein schmerzliches Lächeln, das Arel nie in seinem Leben vergessen sollte, legte sich wie eine Glorie über das Antlitz seiner Mutter. In Arel tobte ein Orkan der Verzweiflung, ein Orkan vor dem Tode, dem er sein ein und alles opfern mußte, schnürte ihm wie eine Eisenfaust die Kehle zu. Seine Mutter legte den Kopf mäde zur Seite, und mit einem leisen, wehen Seufzer verließ sie diese Welt. Der Arzt drückte der Toten die Augen zu und streifte zwei goldene Ringe von der durchsichtigen Hand der Toten. Er gab sie Arel, der sie mechanisch aufsetzte. Mit tränenlosen Augen sah Arel Borgas auf den Leichnam, der jetzt so kalt und fremd vor ihm lag. Der Arzt flüsterte: „Herr Vorgas, kommen Sie!“ Arel erwachte aus seinem Dämmerzustand. Mit voller Wucht übermannte ihn die Erkenntnis und mit einem dumpfen Gurgeln brach er zusammen.

Aus dem Leben des Damian Bratschauh.

Von S. Reichmann.

Bratschauh eilt zum Fleischer. „Ein Pfund Rindfleisch, aber recht zähes!“
„Jäh? Warum denn?“ fragte die Frau.
„Ja — wenn's so weich ist, dann ist es meine Frau alleine!“

Bratschauh ist in einer Pflege-Beziehung ein Mustergatte — aber seine Intelligenz läßt viel zu wünschen übrig. — Eines Tages erhielt er Besuch. Seine Frau unterhielt sich mit diesem Herrn, während Bratschauh nur zerstreut an der Unterhaltung teilnahm, jeden Augenblick zum Fenster lief und dort das aufgehängte Thermometer nachsah. Und als dann Bratschauh von jenem gefragt wurde, was das zu bedeuten habe, entgegnete er: „Ich will den Auftrag des Arztes genau befolgen: ich muß meiner Frau bei erhöhter Temperatur ein Pulver geben!“

Bratschauh wollte sich das Trinken abgewöhnen und ging zum Arzt.
„Ich werde Ihnen ein ganz einfaches und gutes Mittel gegen Ihren Durst verordnen“, sagte der Arzt. „Sobald Sie das Bedürfnis haben, zu trinken, essen Sie sofort einen Apfel.“
Darauf jagte Bratschauh: „Aber um Himmels willen, Herr Doktor, ich kann doch nicht täglich zwanzig bis dreißig Äpfel vertilgen!“

Bratschauh wollte mit dem Zuge fort und hatte den letzten Moment noch abgepaßt; der Zug wollte schon abfahren. Hastig riß er die Tür auf und trat einen jungen Mann sichtlich auf die Hüneraugen.
„Sie sind tot, Sie infames, können Sie denn nicht sehen?“
Bratschauh jedoch warf sich in die Brust: „Mein Herr, ich verbitte mir Ihre Zweideutigkeiten!“

Bratschauh schreibt einen Brief: Lieber Freund Gustav! Zu Deinem Geburtstag sende ich Dir die herzlichsten Glück- und Segenswünsche und eine Kiste Zigarren; da ich aber momentan knapp bei Kasse bin, so sende ich sie Dir per Nachnahme.
Dein Freund Ernst.

Der 7. Band des „Großen Brockhaus“.

des größten, modernen, volkstümlichen Nachschlagewerks in deutscher Sprache, wird — wie wir erfahren — noch rechtzeitig vor Weihnachten erscheinen. Diese Nachricht wird für die zahlreichen Anhänger des Werkes, das seine Unentbehrlichkeit für den modernen Menschen bereits mit den schon erschienenen sechs Bänden bewiesen hat, sicher von Interesse sein, denn sie zeigt, daß das vom Verlag angekündigte schnelle Erscheinungstempo gewissenhaft eingehalten wird.

Humoristische Ecke.

Der Mathematiker.

„Jemand gedenkt zu Neujahr eine Hypothekenschuld von 10 000 Mark aufzunehmen, die er mit 9,5 Prozent jährlich zu verzinsen hat. Welche vierteljährliche Teilzahlungen wird er leisten müssen, um die Schuld a) in zehn Jahren, b) in zwölf Jahren zu tilgen?“
„So hatte die Hausaufgabe gelautet.
Nur Moritz Krömer hatte sie richtig gelöst.
„Und nun“, sagte der Herr Lehrer, „erkläre uns, wie du zu dem Ergebnis gekommen bist?“
„Ich habe bei der Verkehrsbank angefragt“, sprach Moritz einfach.
Aus: „Die Leuchtrakete“, Wien.

Die größte Klappe.

In Moskau erzählt man sich (aber nur in Kreisen, die tschechistenrein sind) folgende Schurke:
Ein Teufel und ein Bolschewik mettetten einmal, wer am längsten mit einer Klapperschlange zusammen in einem Käfig bleiben könne. Der Teufel ging zuerst in den Käfig.
Nach fünf Minuten slog die Tür auf, und heraus sprang mit allen Zeichen des Entsetzens der Teufel.
Darauf begab sich der Bolschewik in den Käfig.
Und nach fünf Minuten slog die Tür auf, und heraus schlüpfte mit allen Zeichen des Entsetzens — die Klapperschlange!
„Der Wahre Jakob.“

Keine Geistesblitze.

Kürzlich ging ich zu einer großen Gesellschaft. Kurz vor mir betrat der reichste Mann und größte Proff unserer Stadt das Haus des Gastgebers. In der Garderobe traf ich ihn wieder. Er hatte abgelegt und stand nun vor dem Spiegel, die Krawatte ordnend. Dabei betrachtete er die kieselgroßen Brillanten in seinem Frackband und ich hörte, wie er zufrieden murrte:
„Heerlich, wie meine Diamanten blitzen! Schade, daß sie nicht auch donnern!“
(Jugend.)